SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Ergebnisse der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M3

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ). (1990). *Ergebnisse der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M3.*. Leipzig.
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-404591

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Zentralinstitut für Jugendforschung
(mit Unterstützung des Instituts für Marktforschung)

Dienstsache
ZIJ 11/90
15. Ausfertigung
Seite 1 bis 22

Ergebnisse der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M 3

Leipzig, April 1990

Inhaltsverzeichnis

0. Vorbemerkungen

1. Wahlbeteiligung, Parteienpräferenzen

2. Vertrauen zu Persönlichkeiten der DDR und der BRD

3. Meinungen zur Vereinigung von DDR und BRD

4. Verbleib in der DDR, Zukunftsoptimismus

5. Anhang
   Überprüfung der Repräsentanz der Stichprobe

Die vorliegende Information wurde erarbeitet von:

Prof. Dr. P. Förster, Prof. Dr. Dr. Ludwig, Dr. Günter Roski

Methodik: Prof. Dr. W. Hennig, R. Kuhnke

Organisation: Dr. S. Siebenhüner

Datenverarbeitung: Prof. Dr. Dr. R. Ludwig

Forschungsleiter: Prof. Dr. P. Förster

Gesamtverantwortung: Prof. Dr. W. Friedrich

0. Vorbemerkungen

Die vorliegenden Ergebnisse wurden durch eine Meinungsumfrage des Zentralinstituts für Jugendforschung mit Unterstützung des Instituts für Marktforschung Leipzig erhoben.
Angezielt waren repräsentative Aussagen von DDR-Bürgern zur Bewertung der aktuell-politischen Situation sowie Vorstellungen zur Entwicklung des Landes, zwei Wochen vor der Volkskammerwahl am 18.3.1990.

Einbezogen wurde eine repräsentative DDR-Population von 1307 Bürgern über 15 Jahre.

Eingesetzt wurde ein zweiseitiger Fragebogen mit geschlossenen und offenen Indikatoren.

Die Untersuchung fand zwischen dem 22.2. und 12.3.1990 statt.

1. Wahlbeteiligung, Parteienpräferenzen

Im Vergleich zur Untersuchung von Anfang Februar hat sich die (vermutliche) Wahlbeteiligung wieder etwas erhöht.

Tab. 1: Wahlbeteiligung
"Wenn die Wahlen zur Volkskammer morgen wären: Würden Sie sich daran beteiligen?"

	ja	nein	Das weiß ich nicht.
M 1	86	2	12
M 2	79	5	16
M 3	85	5	10
Studenten	81	3	16
Arbeiter	81	6	13
Angestellte	88	4	8
Rentner	84	7	9
15 - 24 Jahre	77	5	18
25 - 34 Jahre	82	6	12
über 34 Jahre	87	5	8
Optimisten	91	2	7
Pessimisten	69	4	27

Die in den Studien M 1 und M 2 festgestellte geringere potentielle Wahlbeteiligung der weiblichen Befragten traf nunmehr Anfang März (M 3) nicht mehr zu. Nach wie vor zeigte sich aber ein höherer Anteil noch Unentschlossener unter den Jugendlichen. Territorial traten keine Unterschiede in der Wahlbeteiligung auf.
Besonders wahlfreudig zeigten sich jene Befragten, die sich gleichzeitig sehr für die Vereinigung beider deutscher Staaten aussprachen (90 Prozent), desgleichen jene, die ihre persönliche Zukunft optimistisch sehen. Da (wie im folgenden noch belegt wird) insbesondere die potentiellen konservativen Wähler eine deutsche Einheit befürworteten und überwiegend optimistisch die persönliche Zukunft betrachteten, konnte bereits auf eine hohe Wahlbeteiligung insbesondere des konservativen Spektrums geschlossen werden.

Tab. 2: Parteienpräferenzen

"Welcher der folgenden Parteien/neuen Bewegungen würden Sie Ihre Stimme geben?"

	M 1	M 2	M 3	vorläufiges Wahlergebnis vom 18.3.1990
CDU	10	13	22	40,9
SED/PDS	31	12	17	16,3
NDPD	3	1	1	0,4
DBD	5	4	3	2,3
SPD	6	53	34	22,0
Demokr. Aufbruch	-	2	2	0,9
Grüne Partei	-	2	3	2,0 x)
Vereinigte Linke	-	0	1	0,2 xx)
Die Nelken	-	1	0	
LDP	23	3	3	5,1 xxx)
F.D.P.	-	-	1	
Neues Forum	17	3	1	2,8 xxxx)
Demokratie jetzt	-	1	1	
DSU	-	2	7	6,3
einer anderen	5	1	1	0,8
keiner	-	2	3	

x) bei der Wahl: Grüne Partei und UFV

xx) bei der Wahl: Vereinigte Linke/Die Nelken

xxx) bei der Wahl: Bund Freier Demokraten (LDP, F.D.P., DFP)

xxxx) bei der Wahl: Bündnis 90 (Demokratie jetzt, Neues Forum, IFM)

Von Anfang Februar zu Anfang März haben sich weitere erhebliche Veränderungen vollzogen. So haben die Allianz-Parteien CDU und DSU erhebliche Stimmanteile gewonnen, während die SPD starke Verluste registrieren muß. Leicht zugenommen hat der Anteil der PDS-Wähler, sicher vornehmlich begünstigt durch die Bereitschaftserklärung von Hans Modrow, am 18. März für diese Partei zu kandidieren. Modrow ist vor dem 18. März eindeutig der beliebteste Politiker bei den DDR-Bürgern.

Für die Veränderungen in den Haupt-Wählerpotentialen (SPD und Allianz) gibt es mehrere Erklärungsansätze. An dieser Stelle soll nur darauf verwiesen werden, daß nach der Bildung der Allianz für den DDR-Bürger eine deutliche Alternative zur SPD gegeben war.

Nachdem zunächst die SPD mit einem eigenständigen Programm aufgewartet hatte und sich der Unterstützung der West-SPD sicher sein konnte, wurde nun nach Jahreswechsel auch zunehmend bei den Allianz-Parteien Programmatik erkennbar, erhielten auch diese Parteien starken Rückenwind aus Bonn und München. Entscheidend für die Wahl von Allianz oder SPD wurde immer mehr die Haltung zur deutschen Einheit. Es ergibt sich ein klarer Zusammenhang zwischen der geäußerten Wahlabsicht der Allianz und dem Wunsch nach möglichst sofortiger Vereinigung der deutschen Staaten. Schon an anderer Stelle wurde hervorgehoben, daß die potentiellen Wähler von CDU und DSU so gut wie 100prozentig die Vereinigung befürworteten, und nur ein Viertel von ihnen wandte sich gegen die sofortige "Vollstreckung" dieses Prozesses.

Aus der Untersuchung M 2 ist überdies bekannt, daß die meisten DDR-Bürger die Lebensbedingungen in der Bundesrepublik deutlich besser bewerten als in der DDR, selbst die "gerechte Verteilung von Einkommen". Man kann davon ausgehen, daß der übermächtige Wunsch nach besseren Lebensbedingungen (und nach der D-Mark) letztlich für den enormen Stimmenzuwachs für die Allianz gesorgt hat. Tendenziell ist das aus den Untersuchungsergebnissen zu folgern, in dieser Höhe war es nicht absehbar.

Zu einigen Differenzierungen.

Da bei M 3 keine gesonderte ZIJ-Population befragt wurde, bleibt eine spezifische Betrachtung der potentiellen Wählergruppen unter Schülern und Lehrlingen fragmentarisch. Insgesamt entschieden sie sich, wie schon bei M 2, weniger häufig für die CDU und LDP, dagegen häufiger als im Durchschnitt für die SPD. Das geht auch aus einer gesonderten Betrachtung der Altersgruppen hervor und läßt darauf schließen, daß unter jüngeren Leuten (unter 25 Jahren) das konservative Wählerpotential möglicherweise begrenzt ist.
(vgl. auch Tab. 3)

Während die SPD von allen Tätigkeitsgruppen etwa in gleichem Maße Zustimmung erhielt, wählten besonders Arbeiter und Rentner die CDU, Selbständige darüber hinaus sehr häufig die DSU. Die PDS erhielt überdurchschnittliche Stimmanteile von Angestellten. Deutlich absehbar war, daß die CDU gemeinsam mit den Allianz-Parteien in allen Ortsgrößen unterhalb 100 000 Einwohner bereits häufiger gewählt wurde als die SPD. Hier deutete sich bereits das Stadt-Land-Gefälle, wie es sich dann am Wahltag bewahrheitete, an.

Tab. 3: Parteienpräferenzen, differenziert (Auswahl)

"Welcher der folgenden Parteien/neuen Bewegungen würden Sie Ihre Stimme geben?"

	Allianz für Deutschl.	SPD	PDS	DBD	Grüne	Bund freier Demokr.	Bündnis 90
15-24 Jahre	22	43	17	1	5	4	3
25-34 Jahre	29	33	16	4	5	6	1
35-44 Jahre	32	29	22	1	2	6	1
45-54 Jahre	38	34	14	4	2	3	2
55-64 Jahre	30	33	22	6	1	4	2
65 u. älter	33	32	20	5	1	3	0
Orte:							
unter 2000 Ew.	35	33	17	7	2	4	1
bis 10 000 Ew.	34	27	15	5	2	6	2
bis 50 000 Ew.	33	30	20	3	3	4	2
bis 100 000 Ew.	36	35	18	1	3	2	1
üb. 100 000 Ew.	24	38	20	1	4	5	4
Optimisten	41	30	13	2	2	6	1
Pessimisten	21	29	33	2	5	0	2
Einheit DDR/BRD:							
sehr dafür	49	31	4	2	2	6	2
sehr dagegen (n = 28)	0	33	62	0	4	0	4

	Allianz für Deutschl.	SPD	PDS	DBD	Grüne	Bund freier Demokr.	Bündnis 90
Länder:							
Mecklenburg-Vorpommern	28 (39)x)	39 (24)	19 (22)	8 (5)	2 (2)	1 (4)	2 (2)
Brandenburg	21 (38)	33 (29)	25 (18)	6 (3)	2 (2)	5 (5)	2 (3)
Sachsen-Anhalt	32 (48)	32 (24)	18 (14)	1 (2)	4 (2)	5 (8)	3 (2)
Sachsen	41 (58)	30 (15)	13 (13)	2 (2)	3 (2)	4 (6)	2 (3)
Thüringen	30 (60)	35 (17)	18 (11)	3 (1)	3 (2)	8 (5)	1 (2)
Berlin	19 (22)	44 (35)	23 (30)	1 (0)	2 (3)	4 (3)	3 (6)

x) in Klammern: tatsächliches Wahlergebnis vom 18. März

Klar zu erkennen ist auch, daß Bürger, die optimistisch in die persönliche Zukunft sehen, deutlich häufiger die Allianz bzw. die Liberalen wählen wollten, als die Pessimisten. Letztere wiederum gehörten vornehmlich zum Wähler-Potential der PDS.
Noch einmal wird auch aus Tabelle 3 deutlich, daß Befürworter der deutschen Einheit vor allem Allianz oder SPD wählen wollten, während Gegner der Vereinigung sich überwiegend für die PDS entscheiden wollten.
Aus der Länder-Übersicht geht hervor, daß besonders in Sachsen ein starkes Wählerpotential für die Allianz bereit stand, während im Norden und selbst in Thüringen die SPD stärker schien. Tendenziell hat sich im Wahlergebnis bestätigt, was sich für Sachsen und Brandenburg bereits Anfang März abzeichnete. Insbesondere die totale Veränderung des Wählerverhaltens in Thüringen, wo die Allianz schließlich fast 60 Prozent der Stimmen errang, war jedoch nicht absehbar.

Tab. 4: Wahlsicherheit

"Und wie sicher sind Sie sich Ihrer eben getroffenen Wahl?"

	sehr sicher	eher sicher	eher unsicher	sehr unsicher
M 2	42	43	12	3
M 3	41	41	15	3
männlich	46	40	12	2
weiblich	36	43	18	3
15-24 Jahre	35	46	17	2
25-34 Jahre	38	43	16	3
Ältere	44	40	13	3

Die Wahlsicherheit blieb von Anfang Februar bis Anfang März relativ konstant, nahm jedoch auch nicht zu. Der Kreis der Unsicheren ließ vermuten, daß am Wahlsonntag die Ergebnisse bis zu 20 Prozent von der Analyse Anfang März abweichen könnten. Die "unsicheren Kandidaten" sind aus unserer Sicht neben der letztlich noch um 8 Prozent höheren Wahlbeteiligung als in unserer Untersuchung ausgewiesen die möglichen Verursacher der großen Unterschiede zwischen unseren Analysedaten und den tatsächlichen Wahlergebnissen für die Allianz und die SPD. Weibliche Wähler waren in M 3, wie schon in M 2, weniger "sehr sicher" als männliche (10 Prozent). Keine Unterschiede ergaben sich nach der Ortsgröße.

Am häufigsten sehr sicher waren sich ihrer Wahl Anfang März die Optimisten (54 Prozent) und die Einheits-Befürworter (51 Prozent), aber auch ihre Gegner (50 Prozent). In bezug auf die einzelnen Parteien erwiesen sich die potentiellen Wähler der PDS am sichersten (59 Prozent sehr sicher), es folgten mit jeweils 45 Prozent CDU und DSU sowie mit 40 Prozent die SPD.

Das Neue Forum hatte zu diesem Zeitpunkt nur 23 Prozent sehr sichere Wähler. Im Vergleich zur M 2 hatte damit die Wahlsicherheit der PDS-Wähler deutlich zugenommen (damals 48 Prozent).

2. Vertrauen zu Persönlichkeiten der DDR und der BRD

Unter den deutschen Politikern, die namentlich vorgegeben waren, erhielt der BRD-Bundespräsident Richard von Weizsäcker deutlich das größte Vertrauen von DDR-Bürgern. Einen ebenso klaren "zweiten Platz" in dieser Rangreihe nahm der DDR-Ministerpräsident Hans Modrow ein.

Tab. 5: Vertrauen zu Persönlichkeiten

"Inwieweit haben Sie Vertrauen zu folgenden Persönlichkeiten der DDR bzw. der BRD?

	sehr großes	großes	geringes	überhaupt keins
Richard v. Weizsäcker	49	34	13	4
über 45 Jahre	62	27	9	2
CDU-Wähler	64	28	7	1
SPD-Wähler	57	30	11	2
PDS-Wähler	26	47	20	7
Hans Modrow	36	39	19	6
CDU-Wähler	14	43	33	10
SPD-Wähler	34	45	17	4
PDS-Wähler	84	16	0	0
Oskar Lafontaine	15	39	34	12
über 55 Jahre	18	45	28	9
CDU-Wähler	9	27	45	19
SPD-Wähler	27	49	20	4
PDS-Wähler	10	47	36	7
Helmut Kohl	14	23	32	31
CDU-Wähler	40	39	17	4
SPD-Wähler	5	20	43	32
PDS-Wähler	1	2	24	73
Ibrahim Böhme	7	27	47	19
CDU-Wähler	2	18	58	22
SPD-Wähler	19	45	29	7
PDS-Wähler	1	16	58	25

	sehr großes	großes	geringes	überhaupt keine
Lothar de Maiziere	5	19	42	34
CDU-Wähler	20	43	31	6
SPD-Wähler	0	10	51	39
PDS-Wähler	0	4	38	58
Wolfgang Schnur	3	12	32	53
CDU-Wähler	7	22	43	28
SPD-Wähler	1	11	31	57
PDS-Wähler	1	3	18	78

Ministerpräsident Modrow vertrauten mit 75 Prozent der DDR-Bürger fast noch genau so viele wie in der Untersuchung M 1 im November 1989 (damals 82 Prozent). Er erweist sich bis zum letzten Amtstag als integrer und anerkannter Politiker. Bemerkenswert ist sicher, daß er Anfang März von den künftigen SPD-Wählern mehr Stimmen erhält als deren eigener Spitzenkandidat Ibrahim Böhme und von den potentiellen CDU-Wählern ähnlich hoch eingeschätzt wird wie deren Spitzenkandidat Lothar de Maiziere. Daß die PDS-Wähler ihm geschlossen zustimmen, war anzunehmen.

Bei den weiteren Politikern aus Ost und West wird der Vertrauenszuschlag besonders durch die Wahlabsicht differenziert: SPD-Wähler lehnen CDU-Politiker, CDU-Wähler lehnen SPD-Politiker, PDS-Wähler lehnen beide ab. Weiter wird deutlich, daß die Spitzenkandidaten von CDU und SPD nur von etwa zwei Dritteln der Wähler dieser Parteien auch das Vertrauen ausgesprochen erhalten. Insgesamt zeigt sich mit dieser Analyse noch einmal deutlich, daß es nach der Wende - und dem durch sie erzeugten politischen Vakuum - nach wie vor an hervortretenden Politikern mangelt, die über ihre Parteigrenzen hinaus anerkannt sind. Symptomatisch dafür ist auch die Tatsache, daß die potentiellen CDU-Wähler dem Bundeskanzler der BRD mehr vertrauen als dem CDU-Vorsitzenden in der DDR, andererseits auch die SPD-Wähler dem Kanzler-Kandidaten Oskar Lafontaine noch etwas häufiger das Vertrauen aussprechen als dem SPD-Geschäftsführer in der DDR. Angesichts der geringen Profilierungs-Zeit der DDR-Politiker (mit Ausnahme von Modrow) seit Herbst 1989 verwundert dies allerdings nicht.

3. Meinungen zur Vereinigung von DDR und BRD

Mit der M 3 wurde die Analyse der Auffassungen zur Vereinigung beider deutscher Staaten fortgeschrieben. Zum Zeitpunkt der Untersuchung hatten sich im Rahmen des Wahlkampfes mit Ausnahme des Aktionsbündnisses Vereinigte Linke (AVL) alle größeren Parteien (einschließlich der PDS) für ein einheitliches Deutschland ausgesprochen, allerdings mit unterschiedlichen Prämissen zum Wann und Wie.

Tab. 6: Stellung zur Vereinigung von DDR und BRD

"Wie stehen Sie zu einer Vereinigung von DDR und BRD?"

1 Ich bin sehr dafür
2 Ich bin eher dafür als dagegen
3 Ich bin eher dagegen als dafür
4 Ich bin sehr dagegen

		1	2	(1+2)	3	4
M 1		16	32	(48)	29	23
M 2		40	39	(79)	15	6
M 3		43	41	(84)	13	3
männlich	M 1	16	28	(44)	31	25
	M 2	44	38	(82)	14	4
	M 3	49	39	(88)	10	2
weiblich	M 1	15	33	(48)	25	27
	M 2	37	39	(76)	16	8
	M 3	38	42	(80)	16	4
15-24 J.	M 1	14	30	(44)	28	28
	M 2	40	38	(78)	16	6
	M 3	39	41	(80)	14	6
Wähler von:						
CDU	M 1	25	42	(66)	23	11
	M 2	74	24	(98)	2	0
	M 3	73	26	(99)	1	0
DSU	M 3	84	16	(100)	0	0
(SED)PDS	M 1	5	14	(19)	28	53
	M 2	5	31	(36)	29	35
	M 3	8	46	(54)	36	10
LDP	M 1	14	38	(52)	29	19
	M 2	44	48	(92)	8	0
	M 3	65	29	(94)	6	0
SPD	M 1	33	34	(67)	27	6
	M 2	46	43	(89)	9	2
	M 3	43	47	(90)	7	3

		1	2	(1+2)	3	4
DBD	M 1	12	42	(54)	28	18
	M 2	29	48	(77)	21	2
	M 3	33	61	(94)	6	0
Arbeiter	M 1	15	33	(48)	29	23
	M 2	41	39	(80)	15	5
	M 3	49	38	(87)	10	3
Angestellte	M 1	11	27	(38)	30	32
	M 2	39	40	(79)	14	7
	M 3	40	43	(83)	15	2
Rentner	M 1	22	31	(53)	24	23
	M 2	41	37	(78)	15	7
	M 3	44	37	(81)	15	4

Anfang März sprechen sich faktisch alle Sympathisanten der CDU und DSU und fast alle der LDP, DBD und SPD für ein einheitliches Deutschland aus. Die Anhänger der PDS sind mehrheitlich dafür, 46 Prozent von ihnen sprechen trotz Wahlaussage der PDS (schrittweise Überwindung der Spaltung der deutschen Nation) gegen einen Einigungsprozeß aus. Auch bei den PDS-Anhängern ist aber insgesamt gesehen der mehr oder weniger starke Trend zur Unterstützung der Vereinigung ablesbar. Rund jeder fünfte Rentner ist gegen eine Vereinigung. Wie schon bei der M 2 (Februar 1990) sind weibliche Befragte etwas weniger entschieden als männliche für die Vereinigung, ein etwas größerer Teil von ihnen (Gesamtgruppe 20 %, weibliche Arbeiter 22 %, weibliche Angestellte 21 %) ist dagegen.

Tab. 7: Befürwortung einer sofortigen Einheit

Sind Sie für eine sofortige Einheit? (nur wer sich zuvor für die Einheit ausgesprochen hatte; in Klammer : bezogen auf die Gesamtgruppe)

		ja	nein	Da bin ich unentschieden
M 2		39 (31)	41	20
M 3		48 (40)	33	19
männlich	M 2	41 (34)	42	20
	M 3	50 (44)	35	15
weiblich	M 2	37 (28)	40	23
	M 3	46 (37)	31	23
15-24 J.	M 2	36 (28)	44	20
	M 3	48 (38)	33	19
Arbeiter	M 2	46 (37)	37	17
	M 3	53 (46)	31	16
Angest.	M 2	34 (27)	46	20
	M 3	44 (36)	38	18
Rentner	M 2	41 (32)	38	21
	M 3	49 (40)	26	25
Wähler von:				
CDU	M 2	64 (62)	21	15
	M 3	73 (72)	14	13
DSU	M 3	81 (81)	9	10
PDS	M 2	12 (4)	79	9
	M 3	12 (6)	77	11
SPD	M 2	38 (34)	43	19
	M 3	40 (36)	36	24
DBD	M 2	32 (25)	46	22
	M 3	35 (33)	42	23

Die knappe Hälfte (48 %) spricht sich für eine sofortige Vereinigung aus (Februar : 39 %), rund ein Drittel plädiert für einen längeren Zeitraum, jeder fünfte ist in dieser Hinsicht noch unentschieden. Vor allem CDU- und DSU-Anhänger sprechen sich für eine sofortige Einheit aus. Andererseits vertreten diese Parteien am konsequentesten die Interessen jener Bürger, die für einen schnellstmöglichen Anschluß der DDR an die BRD sind. Hier ist wohl

auch der Hauptgrund für den erheblichen Zuwachs an Anhängerschaft bei den Parteien der Allianz zu suchen. Aber besonders bei der CDU ist festzustellen, daß diese Orientierung nicht von allen Anhängern getragen wird - rund ein Viertel möchte dafür einen längeren Zeitraum vorsehen. Von den Anhängern der SPD sind weniger als die Hälfte für die sofortige Einheit; sie entsprechen damit der Orientierung der SPD, den Weg zur Einheit mit Bedacht und nicht unter Zeitdruck zu gehen. Ähnliches gilt für die Anhänger der DBD, die für ein stufenweises, für die Völker Europas berechenbares Zusammenwachsen eintritt. Die überwiegende Mehrheit der PDS-Sympathisanten ist gegen eine sofortige Einheit im Sinne der Orientierung der PDS auf einen schrittweisen Übergang zu einem deutschen Staatenbund.

Tab. 8: Haltung zur Neutralität eines vereinten Deutschland

Noch einmal zur Vereinigung von DDR und BRD:
Sollte ein vereinigtes Deutschland militärisch neutral sein?

	ja	nein	Da bin ich unentschieden
X 3	60	13	27
Vereinigung DDR/BRD:			
sehr dafür	53	18	29
eher dafür als dagegen	65	9	26
eher dagegen als dafür	73	3	24
sehr dagegen	61	15	24
Verbleib in der DDR:			
auf jeden Fall bleiben	62	11	27
wahrscheinlich bleiben	57	17	26
wahrscheinlich/auf jeden Fall ausreisen	29	32	39
Wähler von:			
[illegible]	37	33	30
[illegible]	50	19	31
[illegible]	53	15	32
[illegible]	63	11	26
[illegible]	87	9	24
[illegible]	81	5	14
Grüne Partei	83	0	17

60 Prozent plädieren für die militärische Neutralität eines vereinigten Deutschland. Nur 13 Prozent verneinen sie, mehr als ein Viertel ist in dieser Hinsicht unentschieden. Für Neutralität sind insbesondere jene Bürger, die auf jeden Fall in der DDR bleiben

wollen (das sind 71 % aller Bürger; s. u.). Für militärische Neutralität sprechen sich überdurchschnittlich häufig die Anhänger der SPD, DBD, PDS und der Grünen Partei aus, dagegen vor allem Anhänger der DSU.

4. Verbleib in der DDR, Zukunftsoptimismus

Tab. 9: Haltung zum Verbleib in der DDR

Werden Sie weiterhin in der DDR leben?

1 Ich bleibe auf jeden Fall hier
2 Ich werde wahrscheinlich hier bleiben
3 Ich werde wahrscheinlich ausreisen
4 Ich werde auf jeden Fall ausreisen

		1	2	3	4
M 1		83	16	1	0
M 2		62	33	4	1
M 3		72	25	2	1
männlich	M 1	82	17	1	0
	M 2	59	36	4	1
	M 3	69	28	3	0
weiblich	M 1	88	12	0	0
	M 2	66	29	4	1
	M 3	74	24	1	1
Wähler von:					
CDU	M 1	81	19	0	0
	M 2	62	29	8	1
	M 3	71	27	2	0
SPD	M 1	67	32	1	0
	M 2	63	34	3	0
	M 3	75	24	1	0
DBD	M 1	88	12	0	0
	M 2	79	21	0	0
	M 3	88	9	3	0
PDS	M 1	97	3	0	0
	M 2	91	8	1	0
	M 3	88	12	0	0
Familienstand: M 2					
ledig		43	46	10	2
verheiratet		68	30	2	0
verwitwet/gesch.		71	24	4	1

Nach dem erheblichen Anstieg der Ausreisewilligen zwischen November 1989 (M 1) und Februar 1990 (M 2) ist ihr Anteil Anfang März auf drei Prozent zurückgegangen (was noch immer einer realen Anzahl von knapp 500 000 Bürgern entsprechen würde; das entspricht etwa den Prognosen verschiedener Quellen, die für 1990 zwischen 400 000 und 700 000 weitere Übersiedler annehmen). Der Anteil derer, die auf jeden Fall in der DDR bleiben wollen, ist auf 72 Prozent angestiegen, liegt damit aber noch immer unter dem Niveau vom November 1989 (bis Ende 1989 hatten insgesamt 344 000 Bürger die DDR verlassen, davon rund drei Viertel Jugendliche; seit Jahresbeginn lag die Zahl der täglichen Übersiedler in die BRD bei rund 2300 bis 2500). Erwähnt werden muß in diesem Zusammenhang, daß einer Umfrage des "Stern" zufolge im Februar 68 Prozent der Bundesbürger sich gegen die weitere Aufnahme von Übersiedlern aus der DDR ausgesprochen hatten; nur 28 Prozent befürworten eine freie Einreise. Aus diesen und weiteren Ergebnissen geht hervor, daß die anfänglich positive Stimmung gegenüber den Übersiedlern aus der DDR deutlich umgeschlagen ist ("Stern" Nr. 10/1990).

Nach wie vor ist unter den 15- bis 24jährigen der Anteil derer am geringsten, die auf jeden Fall in der DDR bleiben wollen; dagegen ist bei ihnen der Anteil derer am höchsten, die sich mit Ausreiseabsichten tragen.

Tab. 10: Haltung zum Verbleib in der DDR, nach Altersgruppen differenziert

	1	2	3	4
15 bis 24 Jahre	50	44	4	2
25 bis 34 Jahre	65	33	2	0
35 bis 44 Jahre	68	30	2	0
45 bis 54 Jahre	78	21	1	0
55 bis 64 Jahre	89	9	1	1
65 Jahre und älter	95	3	2	0

Waren es im Februar 12 Prozent der 15- bis 24jährigen, die die DDR verlassen wollten, sind es im März noch immer 6 Prozent bzw. in realen Zahlen rund 120 000 Jugendliche!

Die folgende Tabelle informiert für alle drei Umfragen über die Anteile der Befragten, die "auf jeden Fall" in der DDR bleiben wollten bzw. sie verlassen wollten:

Tab. 11: Anteil der Bürger, die mit Bestimmtheit in der DDR bleiben wollen nach Altersgruppen differenziert (in Klammer: die sie mit Bestimmtheit oder wahrscheinlich verlassen wollen)

	Altersgruppen					
	15-24 J.	25-34 J.	35-44 J.	45-54 J.	55-64 J.	65 J. und älter
M 1	72 (3)	79 (1)	81 (0)	85 (1)	93 (1)	98 (0)
M 2	38 (12)	49 (6)	55 (5)	73 (1)	83 (0)	92 (0)
M 3	50 (6)	65 (2)	68 (2)	78 (1)	89 (2)	95 (2)

Für die nach den Volkskammerwahlen am 18.3. zu berufene Regierung wird es zu den wichtigsten Aufgaben gehören, vor allem den jungen Bürgern die Sicherheit zu geben, daß es sich lohnt, in diesem Teil Deutschlands zu bleiben.

Der Anteil der Befragten, die ihre Zukunft optimistisch sehen (s. Tab. 12), ist mit rund drei Viertel deutlich größer als noch im Februar (61 %). Das gilt vor allem für die jungen Bürger, während die älteren, insbesondere die Rentner, weitaus pessimistischer in die Zukunft sehen. Augenfällig ist der Zusammenhang mit der von vielen erwarteten Vereinigung.
Von denen, die sehr für die Einheit beider Staaten plädieren, sehen 82 Prozent ihre Zukunft optimistisch; von jenen dagegen, die sie sehr ablehnen, dagegen nur 34 Prozent! Die näher rückende Vereinigung ist vor allem für jene Bürger ein Grund, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken, die ohne Wenn und Aber auf diese Vereinigung setzen. Das belegen auch die Differenzierungen entsprechend der Parteienpräferenzen. Vor allem die Anhänger der LDP, DSU und CDU äußern mehrheitlich Zukunftsoptimismus, weitaus weniger dagegen die Anhänger der PDS und der DBD!
Mehrheitlich pessimistisch äußern sich Bürger, die sich mit Ausreiseplänen tragen.

Tab. 12: Ausprägung des Zukunftsoptimismus

Wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft?

1 optimistisch
2 eher optimistisch als pessimistisch
3 eher pessimistisch als optimistisch
4 pessimistisch

		1	2	3	4
M 2		23	38	30	9
M 3		32	40	23	5
männlich	M 2	24	41	27	8
	M 3	36	39	20	5
weiblich	M 2	22	35	34	9
	M 3	30	40	25	5
Arbeiter	M 2	24	39	28	9
	M 3	37	39	20	4
Angestellte	M 2	20	42	31	7
	M 3	27	42	26	5
Rentner	M 2	22	33	35	10
	M 3	31	36	25	8
15-24 J.	M 2	29	42	26	3
	M 3	34	44	16	6
Vereinigung DDR/BRD:					
sehr dafür		46	36	14	4
eher dafür		24	49	24	3
eher dagegen		22	24	45	9
sehr dagegen		10	24	37	29
Verbleib in der DDR:					
auf jeden Fall bleiben		35	39	22	4
wahrscheinlich bleiben		26	44	25	5
wahrscheinlich/auf jeden Fall ausreisen		19!	16	31	34!
Wähler von:					
DBD		21	34	42	3
PDS		24	33	35	8
Grüne Partei		16	62	16	6
SPD		32	46	19	3
DSU		47	33	20	0
CDU		48	36	12	4
LDP		55	34	11	0

5. Anhang

Überprüfung der Repräsentanz der Stichprobe

Vergleichswerte: Bevölkerung der DDR ab dem 15. Lebensjahr 1987.
Überprüfbare Merkmale: Bezirk
Wohnortgröße
sozial-ökonomische Gruppe
Alter
Geschlecht

Es ergaben sich folgende Verteilungen (in %) mit Angabe der Überschreitungswahrscheinlichkeit für den Chiquadrat-Anpassungstest:

Verteilung nach Bezirken: P(chiq) = 0,999

	Sollwerte	Stichprobe
Berlin	7,8	8,5
Cottbus	5,3	5,8
Dresden	10,5	7,8
Erfurt	7,4	5,4
Frankfurt/Oder	4,3	4,2
Gera	4,4	5,0
Halle	10,6	11,5
Karl-Marx-Stadt	11,1	12,8
Leipzig	8,1	8,9
Magdeburg	7,5	9,6
Neubrandenburg	3,7	3,2
Potsdam	6,8	5,9
Rostock	5,5	5,7
Schwerin	3,6	2,5
Suhl	3,3	3,2

Verteilung nach Wohnortgröße: P(chiq) = 0,821

	Sollwerte	Stichprobe
unter 2000 EW	23,2	21,3
2000 bis unter 10000 EW	18,1	17,9
10000 bis unter 100000 EW	31,7	29,6
100000 EW und mehr	27,1	31,2

Verteilung nach sozial-ökonomischen Gruppen: P(chiq) = 0,716

	Sollwerte	Stichprobe
Schüler	3,7	4,6
Lehrling	3,3	2,9
Direktstudent	1,5	3,1
Arbeiter	32,9	30,9
Angestellte	30,0	33,8
Rentner	20,2	19,6
sonstige	8,4	5,2

Verteilung nach Altersgruppen: P(chiq) = 0,962

	Sollwerte	Stichprobe
unter 25 Jahre	18,4	18,4
25 bis unter 35	19,6	20,1
35 bis unter 45	15,0	18,2
45 bis unter 55	17,7	14,5
55 bis unter 65	12,7	11,9
65 Jahre und älter	16,6	15,2

Verteilung nach Geschlecht: P(chiq) = 0,981

	Sollwerte	Stichprobe
männlich	46,8	46,7
weiblich	53,2	53,3

In den Merkmalen Bezirk, Wohnortgröße, Alter und Geschlecht ist eine sehr gute Übereinstimmung zwischen den Vergleichswerten und denen der Stichprobe anhand der P(chiq)-Werte festzustellen. Das Merkmal sozial-ökonomische Gruppe weist eine hinreichend gute Übereinstimmung auf, so daß die Stichprobe für die überprüfbaren Merkmale als repräsentativ angenommen werden kann.